

# INTERNATIONALE RUNDSCHAU

## Syrien im Zwiespalt

Die Enteignung von 107 syrischen Aktiengesellschaften und die Weigerung, der Gesellschaft Concordia, die eine Tochter der Deutschen Erdöl-AG, ist, die Ausbeutungskonzession des von ihr in Syrien gefundenen Öls zu übertragen, reißen sich in die Kette von Maßnahmen ein, die in diesem Lande seit Jahren ergriffen werden und die Wirtschaftskraft des Landes systematisch schwächen.

Obwohl Syrien von der Natur, seiner Tradition und seiner tüchtigen Bevölkerung her durchaus zu denjenigen Ländern des Nahen Ostens gerechnet werden kann, die bei einer geeigneten Wirtschaftspolitik rasch zu Wohlstand gelangen könnten, gefällt man sich darin, in kurzen Zeitabständen zu putschen und neue Regierungen auszurufen. Seit das Land nach dem Zweiten Weltkrieg von der französischen Bevormundung befreit wurde, werden die Regierungen im Schnitt alle neun Monate durch meist unblutige Revolutionen abgelöst, was eine große afrikanische Wochenzeitschrift veranlaßt hat, Syrien die „Schule der Revolution“ zu nennen.

Nun handelt es sich bei dieser „Schule“ allerdings um eine solche ohne Lehrplan, denn es wäre weit gefehlt, zu glauben, daß die ständigen politischen Erdbeben ihre Ursachen in Klassenkämpfen hätten. Die syrische Arbeiterschaft, deren gewerkschaftliche Organisation genauso uneinig und zersplittert ist wie die politische Meinung der syrischen Öffentlichkeit überhaupt, ist keine politische Kraft, mit der die Politiker in Damaskus rechnen müssen, wenn schon natürlich der eine oder andere versuchen wird, sie vor seinen Karren zu spannen. In Wirklichkeit handelt es sich bei den häufigen Umstürzen nur darum, daß die Herrschaft bestimmter großer Familien durch die Herrschaft anderer großer Familien abgelöst wird.

Relative Ruhe scheint in Syrien seit dem März 1963 zu herrschen, wo sich die *Baath-Partei* an die Spitze des Staates vorschob, der es bisher gelang, Gegenbewegungen, die auch in der Folgezeit regelmäßig auftraten, rücksichtslos und zum Teil blutig niederzuschlagen. Die *Baath-Partei* nennt sich „sozialistisch“, sehr zum Ärger des ägyptischen Präsidenten *Nasser*, der es für sich allein in Anspruch nimmt, einen „arabischen Sozialismus“ zu repräsentieren. Man darf sich nun aber nicht dem Glauben hingeben, daß die relativ lange Herrschaftsdauer der *Baath-Partei* Stabilität bedeutet. Zunächst gilt es festzuhalten, daß diese Partei ihrerseits in etwa sieben Fraktionen

zerfällt, von denen jede ihre eigene verschwommene Vorstellung davon hat, was ein syrisch-arabischer Sozialismus sei. Mit anderen Worten: Die *Baath-Partei* hat zwar einen schönen Namen, aber sie besitzt kein politisches oder gar ökonomisches Konzept, mit dem man ein Land wie Syrien wirtschaftlich und sozial weiterentwickeln könnte.

An einer derartigen Konzeption hat es Syrien leider bisher überhaupt gefehlt. Von syrischen Nationalökonomien ausgearbeitete Projekte und Pläne basieren zu einem großen Teil weniger auf Realitäten denn auf Wunschvorstellungen, und wenn Planungen eine reelle Basis haben, so scheitert regelmäßig ihre Durchsetzung an der politischen Unsicherheit im Inneren des Landes.

Die ersten wahrhaft sozialrevolutionären Maßnahmen wurden in der Zeit der alten Union zwischen Ägypten und Syrien durchgeführt. Damals wurden Gesetze erlassen wie das, wonach syrischen Industriearbeitern eine Gewinnbeteiligung an ihren Unternehmen zusteht. Es muß unterstrichen werden, daß dieses Gesetz mit gewissen Variationen alle nachfolgenden Regierungsphasen überdauert hat. Ebenfalls unter der Herrschaft *Gamal Abdel-Nassers* wurde in Syrien die Landreform eingeleitet. Hier zeigte sich aber bereits, daß man mit sehr vulgären Ideologien nicht dazu beitragen kann, die Wirtschaftskraft eines Entwicklungslandes zu heben. Die Vorstellung, eine Landreform habe vor allen Dingen darin zu bestehen, daß man den Eigentümern größerer Landflächen dieses Land fortnehme, um es bisher landlosen Pächtern zu übereignen, hat sich als primitiv und schädlich erwiesen. Wer sich mit den Konsequenzen der syrischen Landreform beschäftigt hat, weiß, daß die Enteignungswelle Gerechte und Ungerechte gleichermaßen erfaßte. Es wurden also auch jene Großagrarier „bestraft“, die ihre Flächen modern bewirtschaftet und wesentlich zum agrarischen Nationalprodukt beigetragen hatten. Das allein wäre noch nicht so schlimm gewesen, hätte sich die syrische Regierung nicht als unfähig erwiesen, das so enteignete Land den Neubauern mit der erforderlichen Unterstützung zu übergeben, die allein es diesen ermöglicht hätte, es auch tatsächlich zu bewirtschaften. Es ist ein Treppenwitz der Agrargeschichte, daß man in Damaskus Teile dieser enteigneten Ländereien den ehemaligen Besitzern „zur vorübergehenden Verwaltung“ wieder übertrug, um die Produktionseinbußen nicht zu groß werden zu lassen.

Die Auffassung, ein Hauptmerkmal des Sozialismus sei die Vernichtung privaten Unternehmertums, hat sich gerade in Syrien als sehr schädlich erwiesen. Die Enteignungen unter *Nasser* wurden, was die Industriebetriebe anbetraf, nach der Wiedererlangung der syrischen Souveränität größtenteils rückgängig

gemacht. Allerdings konnte die innere und äußere politische Unsicherheit in Syrien ein Vertrauen in die Zukunft bei den Industriellen kaum wiedererwecken. Nach dem Machtantritt der Baath-Partei wuchs die Sorge der syrischen Unternehmerschaft erneut, und wer sich etwa in Damaskus oder Aleppo in diesen Kreisen umhörte, bekam zu wissen, daß man zunächst passiv bleiben wolle, um abzuwarten, was die Zukunft bringt. Die erfahrene syrische Unternehmerschaft, der das Land auf industriellem Gebiet seinen Vorsprung gegenüber vielen seiner Nachbarländer verdankt, war nun bestrebt, ihr Vermögen im Ausland in Sicherheit zu bringen, und entzog es damit natürlich der Volkswirtschaft. Wenn die syrische Regierung diesen Umstand heute etwa als Grund für die neuerlichen Enteignungen angibt, so ist dazu zu sagen: Die syrische Regierung hat es nicht verstanden, in der Zeit ihrer Herrschaft seit dem März 1963 ein Klima zu erzeugen, in dem Handel und Wandel gedeihen.

Um sich ein Bild von den Größenordnungen zu machen, um die es sich dabei handelt, braucht man sich nur zu vergegenwärtigen, daß in den ersten zwei Monaten nach dem letzten großen Regierungssturz etwa ebensoviel Geld aus Syrien illegal abfloß, wie das Land von der Bundesrepublik Deutschland als Beitrag zum Bau des Euphrat-Dammes fordert. Damit kommen wir zu einer Frage, die die deutsche Öffentlichkeit von Zeit zu Zeit bewegt: die Zahlung von 350 Mill. DM an die Syrische Arabische Republik als Devisenbeitrag für die erste Baustufe eines Hochdammes am Euphrat.

Wer die klimatologischen Gegebenheiten Syriens und ihren starken Einfluß auf die Erträge seiner Landwirtschaft kennt, wird der syrischen Auffassung beipflichten, daß die heute noch verhältnismäßig geringe Bewässerungsfläche des Landes vergrößert werden muß, um die vorhandenen Bodenreserven für eine jährlich um 2,4 vH wachsende Bevölkerung effektiver nutzen zu können. Auch die Tatsache, daß das Euphrat-Wasser, das im Schnitt mengenmäßig etwas reichlicher als das des Rheins fließt, nur in einem geringen Umfang und mit primitiven Methoden genutzt wird, legt den Gedanken nahe, durch den Bau einer Stauvorrichtung die Bewässerungsflächen in Zentralsyrien zu vergrößern. Deshalb ist die syrische Konzeption, einen Staudamm am Euphrat zu errichten, prinzipiell richtig und förderungswürdig. Für die Bundesrepublik Deutschland würde sich mit einem derartigen Projekt sogar eine sehr nützliche, interessante und dankenswerte Aufgabe anbieten.

Bei näherer Untersuchung der syrischen Vorstellungen und der tatsächlichen geographischen Gegebenheiten am Euphrat erheben sich, vor allem in Zusammenhang mit den agrotechnischen Verhältnissen, jedoch einige Bedenken. Syrien leidet zunächst unter der Zwangsvor-

stellung, unbedingt am Euphrat ein Pendant zum Assuandamm am Nil, also einen gigantischen Hochdamm errichten zu müssen. In der syrischen Öffentlichkeit geistert — soweit man sich überhaupt Gedanken über die Zukunft des eigenen Landes macht — das Bild eines gewaltigen Dammes, mit dem „eine Million Hektar Wüstenboden“ bewässert werden kann. Dafür fehlen aber alle geographischen Voraussetzungen. Die Bodengestalt des syrischen Euphrat-Tals, das sehr flach ist, stellt überhaupt die sinnvolle Anlage eines großräumigen Staubeckens in Frage.

Was vor allem bedenklich stimmt, ist die Tatsache, daß Syrien bis jetzt noch nicht bewiesen hat, daß es wirklich in der Lage ist, Bewässerungsflächen modern zu bewirtschaften und auf ihnen Höchstserträge zu erzielen. Die Bewirtschaftung der bereits existierenden Bewässerungsflächen und der Stand der fachlichen Ausbildung der syrischen Bauern ist außerordentlich dürftig. Ein Projekt wie das am Euphrat erfordert aber die Umsiedlung Tausender von Bauernfamilien, und zwar von solchen, die auf dem Gebiet des Ackerbaus und der Viehhaltung erste Fachkräfte sind. Es ist vollkommen klar, daß Syrien nicht in der Lage ist, in absehbarer Zeit so viele bestausgebildete Bauern in die Euphrat-Region zu entsenden oder auch nur eine hinreichende Anzahl landwirtschaftlicher Berater dort zu etablieren, damit sie die Umsiedler — über deren Herkunft man sich übrigens in Damaskus nicht die geringsten Sorgen macht — an Ort und Stelle beraten und ausbilden. Die Kosten, die beim Aufbau eines derartigen Bewässerungsprojekts entstehen, sind aber so ungeheuer hoch, daß sie nur dann gerechtfertigt sind, wenn die bestmögliche Nutzung des Bodens später gewährleistet ist.

Es erhebt sich die Frage, ob die Vorstellungen Syriens hinsichtlich der Euphratplanung in ihren Dimensionen nicht weit über das hinausgehen, was gut und nützlich wäre. Ein großer Mangel liegt darin, daß Syrien wenig Neigung zeigt, sich mit den beiden anderen Anliegerstaaten des Flusses, mit der Türkei und dem Irak, über die gemeinschaftliche Nutzung des Flusses zu verständigen. Üblicherweise gilt im internationalen Verkehr, daß Großbauten an Flüssen, die durch mehrere Staaten fließen, Vereinbarungen mit allen Anliegerstaaten voraussetzen. Besonders im Falle des Euphrat-Dammes wäre eine derartige Vereinbarung nützlich, weil die Türkei durch ihre schroffe Gebirgsstruktur weitaus besser geeignet ist, den Euphrat, dessen Wasserführung im Laufe eines Jahres im Verhältnis 1:20 schwankt, zu bändigen. Außerdem besitzt sie bereits jetzt baureife Staudammplanungen, die nur finanziert und durchgeführt zu werden brauchen, um einen gleichmäßigen Abfluß des Euphrat über das ganze Jahr hin zu sichern. In diesem Falle könnte sich Syrien

auf den Bau eines niedrigen Ableitungswehres beschränken und Hunderte von Hektar wertvoller Böden in den Talauen des Euphrat, die heute periodisch überschwemmt werden, unter moderne Bewässerungskultur nehmen. Die Erzeugung elektrischen Stromes wäre in der Türkei außerdem um ein Vielfaches billiger möglich als in Syrien. Eine wasser- und energiewirtschaftliche Verbundwirtschaft auf der Basis der Zusammenarbeit der drei Anliegerstaaten könnte in wenigen Jahrzehnten im Nahen Osten ein Gebiet großer Rückständigkeit in hohem Grade ökonomisch voranbringen. Syrien indessen besteht auf der Planung eines Hochdamms und lehnt es ab, sich in „Abhängigkeit“ von der Türkei zu begeben. Wie eng die Realisierung des Euphrat-Projektes mit der Leistungsfähigkeit der syrischen Volkswirtschaft verknüpft ist, ergibt sich vor allem aus dem Umstand, daß sich Syrien verpflichtet hat, einen Eigenbeitrag von ungefähr 800 Mill. DM dafür aufzubringen. Erst wenn dieser Eigenanteil gesichert ist, wird der deutsche Devisenbeitrag fällig. Abgesehen davon, daß zahlreiche Fachgruppen noch immer die Durchführbarkeit der syrischen Euphrat-Pläne prüfen, die endgültige Fassung des Pro-

jekts also noch längst nicht gesichert ist, dürfte die Aufbringung des Eigenbeitrags Syrien noch erhebliches Kopfzerbrechen bereiten. Dies ist wahrhaft nicht die Schuld des syrischen Volkes, der Arbeiter- oder Unternehmerschaft.

In einem Klima der Stabilität und Sicherheit sollte es Syrien relativ leicht fallen, die erforderliche Summe aufzubringen. Um ein solches Klima aber wiederherzustellen, müßte sich das Land auf sich selbst besinnen, d. h. seine eigenen Kräfte planvoll mobilisieren und nicht ängstlich oder eifersüchtig nach Ägypten oder dem Irak starren und sich vor allem mit seinem nördlichen Nachbarn, der Türkei, zu wirtschaftlicher Kooperation zusammenfinden. Die gegenwärtige politische Situation ist wenig hoffnungsvoll. Die Baath-Partei ist augenblicklich in einen militärischen und einen zivilistischen Flügel gespalten, wobei die Zivilisten den Militärs vorwerfen, nach der Macht zu streben, während die Militärs den Zivilisten zu verstehen geben, daß sie ohne die militärische Macht verloren und politisch handlungsunfähig wären, ein Zwiespalt, aus dem sich zu lösen Syrien schwerfallen dürfte.

*Dr. Wolf Donner*